

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Lüdenscheid

am 03.04.2006

im Foyer des Kulturhauses, Freiherr-vom-Stein-Straße 9

Anwesend:

Vorsitz des Rates:

Bürgermeister Dieter Dzewas

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Norbert Adam	CDU
Ratsherr Peter Arens	CDU
Ratsherr Felice Bucci	CDU
Ratsherr August-Wilhelm Cordt	CDU
Ratsherr Oliver Fröhling	CDU
Ratsfrau Christel Gabler	CDU
Ratsfrau Christine Hohnsel	CDU
Ratsherr Rüdiger König	CDU
Ratsfrau Ulrike Kopp	CDU
Ratsherr Bernd-Rüdiger Lührs	CDU
Erste Stellvertretende Bürgermeisterin Ursula Meyer	CDU
Ratsherr Stefan Pietzner	CDU
Ratsfrau Margarete Rehm	CDU
Ratsfrau Sabine Rigas-Gülde	CDU
Ratsherr Kai Rodehüser	CDU
Ratsherr Jürgen Sager	CDU
Ratsherr Hansjürgen Wakup	CDU
Ratsfrau Marianne Weber	CDU

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Achim Ahlhaus	SPD
Ratsherr Rolf Breucker	SPD
Ratsfrau Susanne Czaja	SPD
Ratsherr Ingo Diller	SPD
Ratsherr Gordan Dudas	SPD
Ratsherr Horst Eick	SPD
Ratsfrau Eveline Haue	SPD
Ratsfrau Evangelia Kasdanastassi	SPD
Ratsherr Harald Metzger	SPD
Ratsherr Bernd Schildknecht	SPD
Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek	SPD
Ratsfrau Elke Teipel	SPD
Ratsherr Michael Thielicke	SPD
Ratsherr Holger Triebert	SPD
Ratsfrau Ramona Ullrich	SPD
Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Jens Voß	SPD
Ratsherr Alfred Wilde	SPD

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Jürgen Appelt	Grüne
Ratsfrau Renate Lazar	Grüne
Ratsherr Hermann Morisse	Grüne
Ratsfrau Tanja Tschöke	Grüne

von der FDP-Fraktion:

Ratsfrau Brunhilde Gromball	FDP
Ratsherr Jens Holzrichter	FDP
Ratsherr Bruno Schwarz	FDP

von der Fraktion Lüdenscheider Liste:

Ratsherr Peter Biernadzki	LL
Ratsfrau Angelika Linnepe	LL

von der Fraktion Alternative für Lüdenscheid

Ratsfrau Monika Oettinghaus	AfL
Ratsherr Peter Oettinghaus	AfL

Verwaltung:

Erster Beigeordneter Dr. Wolfgang Schröder
Stadtkämmerer Karl Heinz Blasweiler
Beigeordneter Wolff-Dieter Theissen
Herr Michael Walker

Schriftführung:

Frau Ulrike Ehart

Abwesend:

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Marcus Kühnel	CDU	
Ratsherr Bernd Schulte - MdL	CDU	Entschuldigt

von der Fraktion Lüdenscheider Liste:

Ratsherr Gerhard Schnell	LL	Entschuldigt
--------------------------	----	--------------

Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören:

Ratsherr Jürgen Thiel	FRL	Entschuldigt
-----------------------	-----	--------------

Beginn: 16:15 Uhr

Ende: 17:05 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

1.1. Zukünftige Verfahrensweise zur Vermeidung von Zugangsproblemen zu öffentlichen Sitzungen

Unter Bezug auf die aufgetretenen Zugangsprobleme von Besuchern zur Sitzung des Ausschusses für Beteiligungen, Organisation und Finanzentwicklung am 30.03.2006 fragt Herr

Kieran Griffin, Mitglied des Stadtelternrates, wie diese Probleme zukünftig vermieden werden könnten.

Bürgermeister Dzewas bedauert die aufgetretenen Probleme, die nicht von der Verwaltung zu verantworten seien, und bittet um Entschuldigung für die unglückliche Verquickung der Umstände. Im Verlauf der sich anschließenden kurzen Diskussion erläutert Erste Stellvertretende Bürgermeisterin Meyer, dass ihr als Ausschussvorsitzender die Zugangsprobleme nicht bekannt waren und die Beratungen zu diesem Punkt der Tagesordnung bereits geschlossen und der Punkt abgehandelt war. Daher hätte sie keine Möglichkeit gesehen, in diesen Tagesordnungspunkt zurückzukehren. Sie bedauere den Vorfall und gehe davon aus, dass zukünftig, wenn der Ausschuss wieder im Rathaus tage, derlei Probleme nicht mehr auftreten werden.

2. Ordnungsbehördliche Verordnung über Ausnahmen nach dem Landes-Immissionsschutzgesetz Vorlage: 019/2006

Beigeordneter Theissen informiert, dass § 2 Abs. 2 Nr. 1 letzte Zeile folgende Fassung erhalte:

am Sonntag 11.00 Uhr – 22.00 Uhr.

Die ursprünglich vorgesehene Terminierung von 15.00 Uhr bis 22.00 Uhr sei aufgrund eines kleinen Kommunikationsproblems versehentlich festgelegt worden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Bürgermeister Dzewas die Sitzungsdrucksache 019/2006 zur Abstimmung und der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst nachfolgenden geänderten

Beschluss:

Die ordnungsbehördliche Verordnung über Ausnahmen nach dem Landes-Immissionsschutzgesetz wird in der dem Original der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügten aktualisierten Fassung erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47

3. Benutzungsgebühren a) Stadion Nattenberg b) Sporthalle Bergstadt-Gymnasium (ehem. Städt. Gymnasium) Vorlage: 340/2006

Beschluss:

a) Die dem Original der Niederschrift als **Anlage2** beigefügte Satzung über die Benutzungs-

gebühren für das Städtische Stadion Nattenberg wird beschlossen.

- b) Die dem Original der Niederschrift als **Anlage 3** beigefügte Satzung über die Benutzungsgebühren für die Sporthalle des Städt. Gymnasiums wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47

**4. Haushalt 2006: Dringlichkeitsliste Vermögenshaushalt
Vorlage: 042/2006**

Bürgermeister Dzewas weist darauf hin, dass die Vorlage 042/2006 mit Schreiben vom 30.03.2006 bereits zugegangen ist. Er informiert, dass zusätzlich noch eine Tischvorlage verteilt worden ist.

Stadtkämmerer Blasweiler erläutert die Vorlage und geht auf weitere Einzelheiten ein.

Ohne weitere Diskussion fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid nachfolgenden

Beschluss:

Die dem Original der Niederschrift als **Anlage 4** beigefügte Dringlichkeitsliste über Maßnahmen des Vermögenshaushalts 2006 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 43

Enthaltungen: 4

**5. Vertretung der Stadt Lüdenscheid in Organen der Mark-E Aktiengesellschaft
Vorlage: 024/2006**

Auf Vorschlag der Fraktionen fasst der Rat der Stadt Lüdenscheid nachfolgenden

Beschluss:

Aufsichtsrat

Der Hauptversammlung der Mark-E AG werden als Vertreter der Stadt Lüdenscheid zur Wahl in den Aufsichtsrat vorgeschlagen:

1. Erste Stellvertretende Bürgermeisterin Meyer
2. Ratsfrau Gabler
3. Bürgermeister Dzewas
4. Ratsherr Metzger

Beirat

Dem Aufsichtsrat der Mark-E AG wird als Vertreter der Stadt Lüdenscheid zur Wahl in den Beirat vorgeschlagen:

Stadtkämmerer Blasweiler

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 46

- 6. Umbesetzung von Ausschüssen**
hier: Umbesetzung des Schulausschusses und des Sozial- und Senioren-
ausschusses
Auflösung und Neubesetzung des Bau- und Verkehrsausschusses
Vorlage: 033/2006
-

- 6.1. Umbesetzung von Ausschüssen/1. Ergänzung**
hier: Umbesetzung des Kulturausschusses, des Schulausschusses, des
Sozial- und Seniorenausschusses und des Werksausschusses STL
Auflösung und Neubesetzung des Bau- und Verkehrsausschusses
Vorlage: 033/2006/1
-

Beschluss:

Auf Vorschlag der Fraktion der Lüdenscheider Liste wählt der Rat der Stadt Lüdenscheid

in den Kulturausschuss:

Herrn Wolf Reiner Cassel anstelle von Herrn Thomas Schweitzer als stellvertretendes Mitglied

in den Schulausschuss:

Herrn Thomas Schweitzer anstelle von Herrn Thomas-Dieter Gnatowski als stellvertretendes Mitglied

in den Sozial- und Seniorenausschuss:

Frau Heidi Gruber anstelle von Herrn Gerhard Dreher als stellvertretendes Mitglied

in den Werksausschuss STL:

Herrn Rainer Markus, bisheriges stellvertretendes Mitglied, zum ordentlichen Mitglied,
Herrn Rolf Linnepe, bisheriges ordentliches Mitglied, zum stellvertretenden Mitglied

Auf Vorschlag der Fraktion Alternative für Lüdenscheid wählt der Rat der Stadt Lüdenscheid

in den Schulausschuss:

Frau Erika Falk anstelle von Herrn Christoph Weitzel als stellvertretendes Mitglied

Der Bau- und Verkehrsausschuss wird aufgelöst und wie folgt neu gebildet:

1. Beschlussfassung zur Mitgliederstärke

Die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder wird auf 15 (davon max. 7 sachk. Bürger) festgelegt.

2. Beschluss über das Verfahren zur Wahl der ordentlichen und stellvertretenden Ausschussmitglieder

Aufgrund des vorliegenden Vorschlags der Fraktionen werden die sachkundigen Bürger der Fraktionen gemeinsam mit den Ratsmitgliedern in einer Liste zur Wahl gestellt.

Hinsichtlich der Vertretung von ordentlichen Ausschussmitgliedern in Ausschusssitzungen ist vorgesehen, dass alle in der dem Original der Niederschrift als **Anlage 5** beigefügten Vertretungsliste aufgeführten Personen, die nicht zu ordentlichen Ausschussmitgliedern gewählt werden, **in der genannten Reihenfolge** als stellvertretende Ausschussmitglieder tätig werden können, und zwar ausschließlich für ein verhindertes ordentliches Ausschussmitglied derselben Fraktion.

Dies gilt nicht hinsichtlich der beratenden Mitglieder, hier erfolgt im Zuge der Ausschussbesetzung eine namentliche Festlegung der Stellvertreter.

3. Besetzung des Bau- und Verkehrsausschusses

Block I

Ordentliche Mitglieder

- CDU

Ratsfrau Gabler
Ratsfrau Hohnsel
Ratsherr Pietzner
Ratsherr Sager
Ratsherr Wakup
Sachk. Bürger Friedrich Wilhelm Lüttringhaus
Sachk. Bürger Heinz Rüdiger Ochel

- SPD

Ratsherr Diller
Ratsherr Dudas
Ratsfrau Teipel
Ratsherr Thielicke
Ratsherr Wilde

- Bündnis 90/Die Grünen

Sachk. Bürger Otto Bodenheimer

- FDP

Ratsherr Holzrichter

- Lüdenscheider Liste

Ratsherr Biernadzki

Block II

	Beratende Mitglieder	Vertreter
AfL	Sachk. Bürger Richard Oettinghaus	Ratsherr Peter Oettinghaus
Ratsmitglied, das keiner Fraktion angehört	Ratsherr Thiel	
Vertreter der Verkehrswacht	Herr Martin Kornau	Herr Martin Buchheister
Vertreter der MVG	Herr Jürgen Schmidt	Herr Karl-Heinz Schönfeld
Vertreter des Integrationsbeirates	Ratsherr Rodehüser	Ratsherr Kühnel

Zum Vorsitzenden wird Ratsherr Diller gewählt.
Ratsfrau Teipel wird zur Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden und Ratsherr Wilde zum Zweiten Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 46

7. Betreuung und Förderung für Kinder, Planungen für den Zeitraum 2005-2007
Vorlage: 344/2006

7.1. Betreuung und Förderung für Kinder, Planungen für den Zeitraum 2005-2007 / 1. Ergänzung
Vorlage: 344/2006/1

Beschluss:

Der dem Original der Niederschrift als **Anlage 6** beigefügte Bericht „Betreuung und Förderung für Kinder – Planungen für den Zeitraum 2005 – 2007“ wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Das Jugendamt wird beauftragt, folgende Ergebnisse des Berichts umzusetzen:

1. Aufgrund des Rechtsanspruchs nach § 24 SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) wird die Versorgungsquote mit Plätzen in Tageseinrichtungen für Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt zum 01.08.2006 von 97 % auf 98 % und zum 01.08.2007 von 98 % auf 99 % angehoben.

2. Zum 01.08.2007 wird eine Regelgruppe im evangelischen Kindergarten Rathmecke gemäß Ratsbeschluss vom 12.07.2004 geschlossen.
3. Zum 01.08.2007 werden im Rahmen der jährlich vorzunehmenden Ausbaustufen nach § 24 a Abs. 2 SGB VIII für Kinder im Alter unter 3 Jahren 75 rechtsanspruchsbezogene Überhangsplätze in die Bedarfsplanung eingerechnet.
4. Gemäß Frauenförderplan vom 25.04.2005 und aufgrund der Fürsorgeverpflichtung der Stadtverwaltung für ihre Bediensteten werden zum 01.08.2006 sieben Rechtsanspruchsplätze für auswärtige Kinder in die Bedarfsplanung eingerechnet., so dass auch Beschäftigte der Stadt ihren Bedarf an Kinderbetreuung während der Arbeitszeit sicherstellen können, die ihren Wohnsitz nicht in Lüdenscheid haben.
5. Im Rahmen des Modellprojektes „Orientierung der Kinderbetreuung an der Nachfrage“ des BMFSFJ wird im Frühjahr 2006 unter Begleitung des „Sozialpädagogischen Institutes NRW“ in Köln die Arbeit der „Kinderbetreuungsbörse“ im Bürgerforum des Rathauses aufgenommen (siehe auch Sitzungsdrucksache 106/2005).
6. Vorbehaltlich der Zustimmung des Landesjugendamtes soll die große altersgemischte Gruppe beim SOS-Kinderdorf zum 01.08.06 in eine reine Tagesgruppe umgewandelt werden. Durch die Umwandlung entstehen keine Mehrkosten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 44
Enthaltungen: 3

8. Bekanntgabe von über- und außerplanmäßigen Ausgaben HJ 2005 Vorlage: 001/2006

Beschluss:

Der Rat nimmt die in dieser Beschlussvorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 47

9. Bestand und voraussichtlicher zukünftiger Bedarf an barrierefreien Wohnungen

Bürgermeister Dzewas weist darauf hin, dass der Antrag der CDU-Fraktion vom 23.03.2006 und ein Bericht des Sozialamtes vom 30.03.2006 mit Schreiben vom 30.03.2006 bereits zugegangen sind.

Ratsfrau Weber verliest den Antrag, der dem Original der Niederschrift als **Anlage 7** beigelegt ist und erläutert weitere Einzelheiten.

Der Bericht des Sozialamtes wird wie folgt der Niederschrift beigelegt:

„Nach dem Antrag der CDU soll die Verwaltung den derzeitigen Bestand und den voraussichtlichen künftigen Bedarf an barrierefreien Wohnungen nach DIN 18025 Teil 1 und 2 in der Stadt Lüdenscheid ermitteln.

Es gibt keine entsprechende Quote zur Bedarfsermittlung. Beim Betreuten Wohnen handelt es sich um einen Begriff, der einerseits einen Qualitätsstandard umschreibt, zum anderen aber auch völlig unbestimmt ist. Unter dem Begriff „Betreutes Wohnen für Senioren“ sind Bau- und Betreuungskonzepte für Angebote wie „Wohnen mit Service“, „Wohnen Plus“ oder „Seniorenresidenzen“ entwickelt und umgesetzt worden mit dem Ziel, selbständiges Wohnen mit bedarfsgerechten Hilfen zu verbinden. Die Angebote sind sehr unterschiedlich und weisen große qualitative Unterschiede auf. Alles das ist Betreutes Wohnen, was auf der einen Seite altengerecht ist (was nicht zwangsläufig barrierefrei bedeutet) und auf der anderen Seite eine Betreuungsdienstleistung umfasst wie z. B. einen Hausnotrufdienst, ambulante Betreuung oder eine permanente Betreuung wie das Servicewohnen.

In der Arbeitsgruppe „Wohnen, Handwerk und Dienstleistungswirtschaft“ ist für das Land NRW ein „Qualitätssiegel Betreutes Wohnen für ältere Menschen NRW“ entwickelt worden, das bestimmte Standards in den Bereichen Bauwerk und Umfeld, Grundservice, Wahlservice sowie Vertragsgestaltung festlegt. Es handelt sich hierbei allerdings bei der Einhaltung der Vorgaben um eine freiwillige Selbstverpflichtung, die sich auch nur auf Neubauten bezieht. Inwieweit die Selbstverpflichtung angenommen wird, bleibt abzuwarten.

Zukünftig sind hinsichtlich der Schaffung und Herrichtung „betreuter“ Seniorenwohnangebote differenzierte Standards zu entwickeln, die den unterschiedlichen wirtschaftlichen Möglichkeiten der Betroffenen gerecht werden. Darauf bezogen müsste der Bedarf für die entsprechenden Wohnformen konkret ermittelt werden. Denn angesichts der weiter zunehmenden Alterung der Gesellschaft und der längeren Lebensdauer von Betagten und Hochbetagten ist es sehr wahrscheinlich, dass die Nachfrage nach solchen Wohnformen zunehmen wird, wobei ein Teil der Nachfrage sicherlich durch Angebote der Wohnungsbaugesellschaften und der Träger von Senioreneinrichtungen sowie ein nicht näher bestimmbarer anderer Teil von privat finanzierten Angeboten dem Markt zur Verfügung gestellt werden.

Aus den vorläufigen Ergebnissen einer im Auftrag der Stadt Lüdenscheid durchgeführten Befragung im Rahmen einer Stichprobe von 2.374 Personen kann an dieser Stelle bereits mitgeteilt werden, dass die Wohnform „Betreutes Wohnen“ sich einer generell hohen Beliebtheit erfreut, ohne dass darunter eine spezifisch qualifizierte bzw. standardisierte Wunsch-Wohnform verstanden wird. Dabei hat allerdings das Verbleiben in der bisherigen Wohnung unter Zuhilfenahme eines ambulanten Hilfsdienstes Vorrang vor jeder anderen Lösung. Darüber hinaus ist die Wohnform „Betreutes Wohnen“ als Option älter werdender Personen natürlich sehr abhängig von den damit verbundenen Kosten, zu deren Höhe sich aus der Befragung keinerlei Anhaltspunkte bilden lassen.

Zusammen gefasst kann daher zum Bedarf mangels planbarer Anhaltspunkte darauf verwiesen werden, dass die Flexibilität ambulanter Hilfsdienste zum Verbleib in der bisherigen Wohnung die erste Option sein wird und erst in zweiter Linie ein Umzug in eine standardisierte bzw. qualifizierte Wohnform in Erwägung gezogen wird.

Für den Bereich der Stadt Lüdenscheid wurden bezüglich des allgemeinen Wohnbestandes keine Statistiken geführt, so dass zur Ermittlung geeigneter Wohnungen für Senioren bzw. barrierefreier Wohnungen im Rahmen einer umfangreichen Bestandsaufnahme und Prüfung eine Erhebung durchgeführt werden müsste. Aus diesem Grunde ist es derzeit nur möglich, den Bestand an öffentlich geförderten Wohneinheiten zu erfassen und eine Abfrage bei den Wohnungsbaugesellschaften durchzuführen.

Demnach ergibt sich zur Zeit folgender Bestand:

Geförderte Wohnungen für Senioren mit ständiger Betreuung:

Objekt	Wohneinheiten
Bonhoeffer-Altenzentrum	39
Karl-Reeber-Altenzentrum (Danziger Weg)	27
Karl-Reeber-Altenzentrum (Straßburger Weg)	37
Karlshöhe / Johanniter	41
AWO /Parkstraße	10
Sahle GmbH / Glatzer Straße	15
Caritas / Danziger Weg 92 + 94	32
Summe:	201

In den Jahren 2003 bis 2005 geförderte Wohnungen für Senioren ohne ständige Betreuung (mit freiwilliger Betreuung im Bedarfsfall)

Objekt	Wohneinheiten	Stand der Bauausführung
Peterstraße (2 Häuser mit je 2 WE)	4	Noch in der Bauphase
Grüberstraße / Ecke Grüner Weg (1 Haus)	6	Noch in der Bauphase
Unterm Freihof (1 Haus)	8	Bezugsfertig, Erstbelegung ist bereits erfolgt
Summe:	18	

Frei finanzierte Wohnungen:

Objekt	Wohneinheiten
Bonhoeffer-Altenzentrum	10
Seniorenresidenz Oeneking	75
Haus Elisabeth	48
Seniorenwohnheim Weststraße	82
Orffstraße 6 + 8	18
Summe	233

Summe aller bei der Stadt Lüdenscheid bekannten barrierefreien Wohneinheiten: 452“

Bürgermeister Dzewas weist darauf hin, dass die Beantwortung des Sozialamtes nur einen Teilaspekt darstelle, nach der Verabschiedung des CDU-Antrages sollten umfangreichere Untersuchungen vorgenommen werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Bürgermeister Dzewas den vorliegenden Antrag zur Abstimmung, der vom Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig befürwortet wird.

10. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

10.1. Bekanntgaben

10.1.1. Erstellung und Bereitstellung der Änderungsliste zum Haushalt 2006

Herr Walker informiert, dass die endgültige Änderungsliste, wie von den Fraktionen gewünscht nach Ämtern sortiert, in dieser Woche fertiggestellt und den Ratsmitgliedern und

sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern zugeleitet werde.

10.2. Beantwortung von Anfragen

10.2.1. Parksituation im Bereich des Krankenhauses nach Einführung der Parkraumbewirtschaftung

Beigeordneter Theissen beantwortet die Anfrage gemäß der Stellungnahme des Amtes für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr vom 31.03.2006 wie folgt:

„Ratsherr Schulte weist darauf hin, dass sich nach der Einführung der Parkraumbewirtschaftung auf dem Gelände des Klinikums Hellersen im Umfeld der Parkdruck erheblich verschärft habe. In den angrenzenden Straßen und Wohngebieten würden Einmündungen, Einfahrten und Flächen vor dem Kindergarten wild zugeparkt.

Er fragt, ob sich die Verwaltung in der Lage sehe die Situation durch den kurzfristigen Einsatz der Politessen zu verbessern und zu untersuchen, welche Reglementierungen möglich seien, um das wilde Parken in diesem Bereich zu unterbinden.

Die Situation ist der Verwaltung bekannt und es werden bereits seit der Einführung der Parkbewirtschaftung verstärkt Kontrollen durch das Ordnungsamt durchgeführt. Bei gravierenden Behinderungen oder bei Gefährdung der öffentlichen Sicherheit (Parken vor Feuerwehrezufahrten) werden Fahrzeuge auch abgeschleppt.

Die Verkehrslenkung hat sich ebenfalls schon mit der Verlagerung des ruhenden Verkehrs beschäftigt und erste Überlegungen mit der Kreispolizeibehörde, vor allem für den Bereich des Kindergartens, angestellt.

Die Ergebnisse der verkehrslenkenden Maßnahmen werden in der nächsten Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses vorgestellt."

10.3. Anfragen

10.3.1. Ungesicherte Baustelle am Knockelsberg in Brügge

Ratsherr Metzger verliest seine schriftliche Anfrage vom 03.04.2006, die dem Original der Niederschrift als **Anlage 8** beigelegt ist.

Die Beantwortung der Anfrage zur nächsten Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses wird zugesagt.

gez. Dzewas
Vorsitzender

gez. Ehart
Schriftführerin